

Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Nr. 267.

Halle, Freitag, den 11. Juni 1920.

Einzelpreis 20 Pfg.

Bezugspreise:

Die Halle monatlich bei zweimonatlicher
Kartellung 6.00 Mark, vierteljährlich
16.00 Mk., durch die Post 16.50 Mk.
auswärts, Postgebühren abgerechnet.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen. Im
amtlich, Zeitungsercheinis unter
Einsendung eingetragener, über-
ausreichend eingehenden Monats-
Scheine wird keine Gewähr übernom-
men. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe „Zeitung“ ge-
statet. Ferner der Schriftleitung Nr.
1140 der Anzeigen-Abteilung, Nr. 1418
u. 7411, der Zeitung-Abd., Nr. 11533.

Anzeigenpreise:

Die 8 gespaltenen 34 mm breite Milli-
meterraster oder deren Raum 60 Pf.,
Gemeinanzzeigen 40 Pf., Restlinien
die 92 mm breite Millimeterzeile
2.50 Mark. Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsstelle an. Familien-
Anzeigengebühren, Erfüllungsgar-
antie. Erscheinung täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Schriftleitung und Haupt-Ge-
schäftsstelle: Halle, Neue Promen-
nade 19. Geschäftszeiten: 17
Uhr. Geschäftsstellen: Große
Mühlstraße 52 und Markt 24.
Postfach-Roma Leipzig Nr. 4609

Reichstagswahlen und Bundesstaaten.

Der Wählergrößter Wählermassen nach rechts und links bei den Reichstagswahlen hat auch einen gewissen Einfluß auf die Zusammenlegung der Regierungen in den Ländern, besonders dort, wo gleichzeitig mit den Reichstagswahlen die Landeswahlen abgehalten wurden. In Sachsen, wo bisher ein aus Mehrheitssozialisten und Demokraten zusammengesetztes Ministerium bestand, hat die demokratische Fraktion der sächsischen Kammer bereits am Dienstag beschlossen, aus der veränderten politischen Lage die Konsequenzen zu ziehen, d. h. also den Kultusminister und den Finanzminister, die beide der demokratischen Fraktion angehören, aufzugeben, ihr Vorsteheramt der Kammer zur Verfügung zu stellen. Bisher fanden in Sachsen den 24 Reichstagsabgeordneten der Mehrheitssozialisten und Demokraten 5 Deutschnationale und Deutsche Volksparteier und 3 Unabhängige gegenüber. Nebenbei war das Verhältnis auch im sächsischen Landtag. Nachdem aber jetzt die bisherigen sächsischen Mehrheitsparteien nur noch über drei demokratische und acht sozialdemokratische Mandate im Reichstag verfügen, während die Deutschnationalen und Kommunisten 10 Reichstagsmandate haben, glänzte jedenfalls die demokratische Fraktion der sächsischen Kammer, diese politische Schwächung des sächsischen Volkes auch für die Landesregierung als maßgebend ansehen zu lassen. Es ist aber immerhin fraglich, ob dieser Standpunkt wirklich der richtige ist. Wir sind sehr überzeugt, daß die Parteien der Rechten, wenn die Sache umgekehrt gegangen wäre, ihn nicht eingenommen hätten.

In Baden hat das Regierungskabinet, die „Karlsruher Zeitung“, sich zu der Stellstellung veranlaßt gesehen, daß für Baden keine Veranlassung vorliege, die Landespolitik einer entscheidenden Revision zu unterziehen, da nach wie vor eine Zweidrittelmehrheit der Wählerliste hinter der jetzigen Koalitionsregierung stehe. Inzwischen die Radikalfreie Partei gegen die rechtsständigen Parteien des sächsischen Volkes auch gefährlich. Man könnte höchstens in Erwägung bringen, über eintritt, den Rechtsparteien hier und da Zugeständnisse zu machen, die aber nur auf der Grundlage einer entschiedenen sozialen und demokratischen Politik vor sich gehen könnten.

In Bayern bildete bisher die Bayerische Volkspartei (Zentrum) mit der Deutschen demokratischen Partei die Regierung. Die beiden Parteien hatten zusammen 91 Abgeordnete, also bei 180 Abgeordneten gerade eine Mehrheit von einer Stimme. Wie sich die Sache jetzt, nachdem die Partei der demokratischen Abgeordneten etwa um die Hälfte zurückgegangen ist, gestalten wird, ist noch nicht abzusehen.

In Weimar haben die drei Koalitionsparteien mit 55 Abgeordneten gegenüber 46 Abgeordneten der Rechten und der äußersten Linken noch immer eine genügende Mehrheit, um die Regierung fortführen zu können. Das gleiche gilt natürlich auch für Preußen, wo die Rechten erst im Herbst stößt werden können. Man wird deshalb in Preußen voraussichtlich keine Veranlassung in der Zusammenlegung der Regierung eintreten lassen, es sei die Landeswahlen im Herbst stattgefunden haben. Es geht auch wirklich nicht an, daß man sich einfach in dem einzelnen Land, nach dem unpopulärsten politischen Verhältnissen in der Reichsliste, sonst wäre es mit dem letzten Akt der Selbstbestimmungsrechts der Einzelstaaten bereits vollständig zu Ende.

Das Zentrum für eine Rechtskoalition?

M. Berlin, 10. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Wie die Berliner rechtsdeutsche Presse berichtet, denken die kleine Anzeiger darauf hin, daß eine gewisse der Rechte doch noch möglich sein würde. Inzwischen hat das Zentrum seine Hand nach dem Reichstag wieder herausgehoben. Im Hinblick auf die bei der Mehrheit des Zentrums offensichtlich Reue, den nationalen Strömungen Rechnung zu tragen. Die unpopuläre Lage bietet trotz einer gewissen nebulösen Unklarheit ein Ausmaß. Ein Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung, der durchaus geboten wäre, sei jedoch nicht mehr wahrscheinlich.

Die Wirkung der Wahlen auf das Ausland.

Die gesamte ausländische Presse beschäftigt sich eingehend mit den außerordentlichen Schwierigkeiten, vor die sich das deutsche Volk durch den Ausgang der Wahlen gestellt sieht. Mit offensichtlichster Besorgnis fragt man sich überall, welchen Ausgang man bei uns aus der durch die Wahlen geschaffenen parlamentarischen Lage finden wird, und das istige Interesse, das vom Auslande an der Entwicklung unserer inneren Politik genommen wird, erscheint ja auch nur zu begründet angesichts ihrer unumgänglichen Rückwirkung auf unsere auswärtige Politik. Bezeichnend aber für die ganze Auffassung der Lage durch unsere Gegner ist die Art der Fragen, die sie aus dem Wahlergebnis glauben für sich ziehen zu müssen.

In Paris scheint man sich schon mit der freilich recht engen Formung zu tragen, durch den Ausfall der Wahlen ein Mittel in die Hand bekommen zu haben, die von allem Anfang an wie eine schwere diplomatische Niederlage empfundene Konferenz in Spa auf die griechischen Kalender ver-

zuziehen zu können. „Journal“ stellt sogar die Frage, ob man überhaupt noch nach Spa gehen solle, oder ob nicht vielmehr die Lage, die durch die deutschen Reichstagswahlen geschaffen, den Weg nach Spa gänzlich verperle. Vor allen Dingen betont jedoch die französische Presse ganz allgemein die durch das Wahlresultat geschaffene Notwendigkeit für die Alliierten, in einer entschiedenen Politik den deutschen Ansprüchen noch weit härter und bestimmter als bisher entgegenzutreten. Zur Bekräftigung dieser Anschauung macht man in Frankreich von neuem in großen Zügen die Gefahr des wachsenden Einflusses der deutschen Reaktion und des deutschen Militarismus an die Wand. Der „Temps“ wirft die Frage auf, warum die Parteien der Rechten in Deutschland wieder so stark werden konnten, obgleich sie einen so großen Teil der Kriegsverantwortung zu tragen hätten, und glaubt die Erklärung darin zu finden, daß sich die Republik fast ausschließlich auf die alte Beamtenliste stütze. Auf der anderen Seite habe die Regierung gegenüber der Arbeiterklasse alle Autorität verloren, weil sie gegen die militärischen Parteien nicht kräftig aufzutreten gemacht habe. „Paris Midway“ meint sogar, die Regierung Millers sei auf dem besten Wege, der Völkung Europas zu werden. Wenn sie aber nun durch eine kaum verheißene Regierung des Säbels oder der roten Wähe ersetzt werde, werde man ihr in Deutschland und anderswo nachzuerufen. Denn wie könnte man sich mit den wütenden Anhängern der äußersten Rechten oder Linken über die Durchführung des Vertrages verständigen?

Äußer und bei weitem veränderter urteilt wieder die englische Presse, die sich nicht nur dem Zugeständnis schenkt, daß die schwierige Lage Deutschlands nicht zuletzt auch auf die Härte der Politik der Alliierten zurückzuführen sei. Die gegnerischen Parteien hätten sich einer Revision des Friedensvertrages widersetzt, und gerade dadurch der deutschen Regierung jede Möglichkeit genommen, mit irgend einem kleinen Erfolge nach die Wähler zu treten. „Westminster Gazette“ sagt: Keine Kandidat der Alliierten kann Deutschland die Last abnehmen, aber es ist ein Unterchied, ob die Last erträglich oder unerträglich gemacht wird. Die Alliierten müssen jetzt überlegen, ob sie nicht selbst eine sehr ernste Verantwortung für die gefährliche Verwirrung tragen, die sich aus dem Wahlresultat für die deutsche Politik ergibt. Diese Verwirrung ist ein Gefahr für die ganze Welt. Wir haben die Pflicht, sie zu verbannen, falls es möglich ist. Mit einer konsolidierten Politik kann noch etwas getan werden, um einer gefährlicheren deutschen Regierung die Lebensmöglichkeit zu geben.

Neue internationale Schwierigkeiten.

Paris, 10. Juni. Zu der neuerlichen Verwicklung der europäischen politischen Lage durch den Eintritt des neuen italienischen Kabinetts und die in Deutschland durch die Wahlen herbeigeführte Regierungskrise bemerkt eine spanische Anzeiger dieser Auswärtigen Frage man sich in amtlichen Äußerungen freuen, ob das italienische und das deutsche Kabinetts so rechtzeitig gelöst werden würden, daß sie sich noch vor der Aufnahmehinrichtung der Alliierten in Brüssel und deren Vorbereitung in Spa dem Parlament vorstellen könnten. Andernfalls würde die Konferenz in Spa von neuem vertagt werden. Die internationale Finanzkonferenz in Brüssel zwischen den Vertretern der Alliierten, der Deutschen und der Neutralen könne vielleicht stattfinden, ohne das Ergebnis der Konferenz in Spa abzuwarten. Sie würde dann die Aufgabe haben, Maßnahmen zur Herstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts in Europa zu treffen, vor allem durch eine internationale Anleihe.

Die polnische Politik gegenüber Danzig.

Danzig, 10. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Neben die Danzig-polnischen Verhandlungen, die zum Abschluß der Danzig-polnischen Konvention führen sollen, wird jetzt ein amtliches Protokoll veröffentlicht, das deutlich die Breunpunkte der polnischen Politik Danzig gegenüber erkennen läßt. Nach Erklärung des Oberkommissars Tower hat der englische Vorkommissar in Paris einen Plan ausgearbeitet, der für die Verwaltung des Danziger Hafens einen Ausschuss, bestehend aus Vertretern Danzigs, Polens und des Völkerbundes vorsieht. Der Vertreter Polens erklärte, diesem Plane nicht zustimmen zu können. Polen werde in der Lage sein, die Verwaltung des Hafens in seine Hände zu nehmen, wenn die Danziger Hafens. Der Danziger Oberbürgermeister Schöm wies diese Forderung zurück. Nach Auslieferung des Friedensvertrages habe Polen nur den Anspruch auf den Gebrauch und die freie Benutzung des Hafens und seiner Einrichtungen. Um Danzig zu einem Welthafen zu machen, gebe es zwei Möglichkeiten: Entweder der Hafen bleibt Eigentum Danzigs und Polen erhalte freie Benutzung, oder der Hafen werde internationalisiert nach den Plänen des englischen Vorkommissars. Wenn Polen die Verwaltung des Danziger Hafens, dann werde kein Welthafen daraus, sondern Polen werde nur einseitig polnische Interessen vertreten. Die Polen reichten dann einen Entwurf für die Regelung der Hafenanlage der Hafenanlage ein, der einen besseren Kenntnisnahme der Danziger Oberbürgermeister erklärte, daß der Entwurf seine Basis zu Verhandlungen biete. Man müsse erst den Namen Danzig ändern und hat freie Stadt Danzig polnische Stadt Danzig setzen. Die Verhandlungen über die Hafenanlage wurde schließlich als nutzlos abgebrochen.

Bei Beratung des Art. 104 des Friedensvertrages war der polnische Vertreter der Ansicht, die Interessen

Polens und Danzigs wären in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht identisch. Man könne Danzig als ein Mitglied der polnischen Staat nach dem Friedensvertrage nicht annehmen. Der Oberbürgermeister Schöm betonte die unbedingte Autonomie Danzigs, und Oberkommissar Tower erklärte dem polnischen Vertreter, Danzig sei eine freie Stadt und stehe unter dem Schutze des Völkerbundes. Wie schon berichtet, wurden die Verhandlungen schließlich abgebrochen, da die Danziger Vertreter erklärten, sie hätten ihre Verhandlungsmandate erst von dem am 14. Juni erstmalig zusammenzutretenden verfassunggebenden Versammlung erhalten. Es soll ein Ausfluß für auswärtige Angelegenheiten gebildet werden, der dann einen Entwurf für das Danzig-polnische Abkommen einbringen hat.

Die sonderbaren Äußerungen Scheidemanns.

Wie wir gestern mitteilten, sollte nach Angabe der „Deutschen Zeitung“ der frühere Reichkanzler und jetzige Oberbürgermeister in Kassel, Scheidemann, in der Stadtratsversammlung eine Erörterung über die mutmaßliche Bildung der neuen Regierung mit der Beteiligung angehängt haben, daß Deutschland größtenteils in zwei Monaten eine neue Revolution haben würde. Demgegenüber stellt Scheidemann in der „B. Z.“ fest, daß er von einer Revolution nicht spreche, sondern lediglich in einer streng vertraulichen Sitzung dem Optimismus eines Deutschnationalen gegenüber bemerkt habe, die Lage sei trotz alles, was wir können in kurzer Zeit wieder einen Bürgerkrieg haben.

Obstruktion der Rechtsparteien in Braunschweig.

Braunschweig, 10. Juni. (Eigene Drahtnachricht.) Die Schwierigkeiten bei der Bildung der neuen Braunschweiger Regierung sind durch die Obstruktion der im Landesparlament vereinigten rechtsstehenden Parteien vergrößert worden. Wie die „Braunschweiger Neuesten Nachrichten“ melden, brachte in der Donnerstagssitzung des Landtages der Abg. Hampe (Landesparlament) einen Antrag ein, in welchem es heißt, die Landesversammlung wolle beschließen, die Wahl einer neuen Regierung von der Tagesordnung abzuheben und die Wahl erst nach der Bildung einer neuen Reichsregierung vorzunehmen, die Landesversammlung aber bis nächsten Donnerstag zu vertagen. Abg. Hampe erklärte, der Landesparlament werde nur für ein Koalitionsministerium zu haben sein, in dem alle Fraktionen des Hauses vertreten sind. Ein Redner der Unabhängigen beantragte namens seiner Fraktion die Bildung eines rein sozialistischen Ministeriums, bestehend aus drei Unabhängigen und drei Sozialdemokraten. Die Demokraten erklärten, in der Bildung einer rein sozialistischen Regierung könnten sie das Mittel erblicken, das dem Lande fröme. Sie lehnten die Bildung einer rein sozialistischen Regierung ab. Der Antrag des Abg. Hampe, die Wahl der braunschweigischen Regierung erst nach der Bildung der Reichsregierung vorzunehmen und den Landtag bis nächsten Donnerstag zu vertagen, wurde abgelehnt und die Sitzung auf fünf Minuten unterbrochen. Nach Wiedereröffnung der Sitzung fehlte der größte Teil der Fraktionsmitglieder des Landeswahlverbandes. Die Versammlung war infolgedessen nicht mehr beschlussfähig und mußte bis Freitag vertagt werden.

Kaiserbesuche.

In dem Prosch Kaiserer Wilhelm II. gehen die Cottalche Buchhandlung wegen der Veröffentlichung des dritten Bandes der Bismarckischen Gedanken und Erinnerungen hat das Oberlandesgericht Stuttgart die einstweilige Verfügung, welche die Veröffentlichung von Briefen Wilhelm II. und seines Vaters an Bismarck verboten, aufgehoben. Das Urteil, welches jetzt in der „Arbeitslosen Wochenzeitung“ zum Ausdruck gelangt, gibt den Inhalt der beabsichtigten Briefe kurz wieder. Daraus ist folgendes nur allgemeinere Interesse:

In zwei Briefen vom 21. Dezember 1887 und vom 14. Januar 1888, die offenbar mit der berühmten Waidsee-Konferenz zusammenhängen, schildert der damalige Prinz Wilhelm die in Aussicht genommene Ausdehnung der Organisation der Berliner Stadtmision über ganz Deutschland, legt ihre Aufgaben und Ziele dar, würdigt diese Ziele in anerkennenden Worten und sucht Bismarck davon zu überzeugen, daß die Stadtmision ein durchaus unpolitisches Unternehmen sei, in dessen Förderung durch ihn daher nicht die Begünstigung einer politischen Partei erblickt werden könne.

Am 10. Mai 1888 vermahnt sich der damalige Kronprinz Wilhelm gegen den aus seinen Randbemerkungen zu einem Wiener Bericht, wie er glaubt, von Bismarck gezogenen Schluß, daß er ein Gegner der bisherigen Politik seien und abwartenden Politik Bismarcks sei. Er betont, daß er für diese Politik wiederholt eingetreten sei. Im Anhang hieran steht der Kronprinz seine Ansicht über die äußere politische Lage Deutschlands auseinandersetzt und erklärt es für notwendig, daß der Leiter der Politik jeweils über die militärische Lage auf dem Laufenden gehalten werde.

Weiter handelt es sich um zwei Briefe, die der spätere Kaiser Friedrich III. als Kronprinz geschrieben hat. Am 17. August 1887 beschloß er sich mit dem Bericht, daß Baden ein Reichsland werden solle, wogegen er sich auf das entgegengesetzte vermahnt. In einem Briefe vom 28. September 1886 bittet er Bismarck, sich dafür zu ver-

Kennern in Karlsruhe.

Waffen-Handwaffen (23 000 Mk., 4000 Meter): 1. Breilau (Serr v. Peller), 2. Rheinbreiten (Serr Glaser), 3. Reich (Serr Freese). Tot: Sieg 21. 11. 11. 10. Berner lieten: Puchholz, Etrola, Trompeter, ...

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Internationaler Baumwollkongress.

Am Mittwoch trat in Zürich zum ersten Male seit dem Anreue der internationalen Baumwollkongresse zusammen, dessen letzte Tagung 1913 in Schweden stattfand. Es waren 113 Delegierte der internationalen Baumwollkongresse erschrufen ...

Berlin, 10. Juni.

Die amtlichen Notizen der telegraphischen Nachrichten stellen sich an den heutigen Borsen in Berlin: Das Kursgefalle blieb unregelmaBig, und zwar meist vom Zufall abhangig. Immerhin herrschte am Montagmorgen eine Aufwartsbewegung vor, woran ...

Devisenkurse.

Table with columns for location (e.g., London, New York, Paris), and exchange rates for various currencies.

Produktenbericht.

Berlin, 10. Juni. Am Produktienmarkt war die Haltung fur Getreide imerlich vermerkt. Nachfrage auf Abnahme etwas ...

einbeziehen. Die Abnahme-Heberrelle werden nach der einheitslichen Ueberpreisliste des Deutschen Stahlverbandes gerechnet. Die Hauptstelle der Abnahme-Heberrelle ist die ...

Preisen- und Kasseffizienz in Berlin. Nach dem Geschäftsbild für 1919 belief sich der Umlauf des Unternehmens mit Einschluß der Tochtergesellschaften auf 206 348 053 Mark. Der Brutto-Waren-Gewinn betrug 41 375 533 (29 727 429) Mk. ...

Neuer Braunkohlenwerber der Rheinischen Stahlwerke. Die Rheinischen Stahlwerke erwarten die Mehrheit der Anteile der unternehmischen Braunkohlengrube ...

Domestische Tonwerke. Der Aufsichtsrat beschloß, der auf den 2. Juli 1920 einzuberufenden Generalversammlung für 1919/20 die Verteilung einer Dividende von 10 Proz. ...

Kapitalerhöhung des van den Berghs Margarine Konzerns. Dieser Konzern, der in Rotterdam seinen Sitz hat und auch in Deutschland weitgehende Interessen besitzt, nimmt neuerlich eine Kapitalerhöhung von 12 Millionen Gulden durch Ausgabe 6 Proz. Vorzugsaktien vor ...

Friedrich Wilhelm, Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft in Berlin. In der Sitzung des Aufsichtsrates vom 4. Juni d. Js. wurde der Wählzettel für das Geschäftsjahr 1919 bekanntgegeben. Es lagen 348 010 Anträge (i. B. 312 274) über 347 672 336 Mk. (i. B. 105 832 293 Mk.) Versicherungssumme und 251 159 Mk. (i. B. 201 698 Mk.) Zahrenträge zur Beurteilung vor. Der Zugang betrug 321 437 (i. B. 291 931) einbezogene Versicherungen mit 303 916 066 Mk. (i. B. 173 466 109 Mk.) Kapital und 247 700 Mk. (i. B. 129 213 Mk.) Zahrenträge. ...

Wausener Laubhütte A.G. in Saubenz. Der Warengewinn liefen auf 1 149 335 (1 410 422) Mk., was die Verzinsung damit ...

Verkaufung, woraus, wie bereits mitgeteilt, auf das erhaltene Kapitalmaterial wieder 10 Proz. auf die Aktien in Sachlage ...

Deutscher Seifferei-Verein A.G. Guxhaven. Im Jahre 1919 betrug der Betriebsergebnis 319 514 (i. B. 0) Mark. Dazu kommt ein Gewinn aus Veräußerungen, ...

Amerikanischer Cottenland. Nach einer Schätzung der Statistiker Snow und Bartlett betragt der Durchschnittsstand des Winterweizens 79,5 Proz. (gegen 77,2 Proz. im letzten Monat und 96,1 Proz. im letzten Jahre) und der Ernteertrag 514 (483 bzw. 900) Mill. Bushels. ...

Berliner Börse vom 10. Juni 1920 (Telegramm). Deutsche Worte: V-X Schatzsch. 75,80; V-X Disch. Reichsanl. 79,75; 4% Präv. Ronsola. 74,90; 3% Präv. Ronsola. 62,80; 4% Charl. Stadtanl. 68,70; 4% Magd. Stadtanl. 99,99; 6% Sächs. Neulandsch. 96,00; 4% Präv. Centr. Bod. 100,10; 4% Präv. Hyp. Bk. 100,10; 4% Dess. Gas Oblig. 103,00; 4% Dessauer Gas Oblig. 97,00; Ausland. Warie: 4% Oester. Kronenrente 26,00; 4% Ungar. Goldrente 81,80; 4% Russ. Kronenrente 30,90; Eisenbahn-Aktion: Halberst.-Blankenh. 67,00; Helle-Steinberg 62,20; Allg. Lokal-jur. 114,80; 1356,0; Hamb. Sudameike 158,00; Prim.-Heinrich-B. 447,00; Orienbahn 19,28; Schiffahrts-Aktion: Hamb. Paketfahrt 188,80; Hamb. Sudameike 247,00; Hantsch-Dampfschiff. 317,00; Nordl. Lloyd 176,00; Bank-Aktion: Bank i. Thür. 159,78; Ber. Handelsb. 188,00; Commerz.-Diskont. 164,00; Darmstädter Bank 157,00; Deutsche Bank 280,60; Diskonto-Comm. 201,85; Dresdner Bank 173,00; Leipz. Kredit-Anst. 169,78; Mitteld. Kreditbank 167,00; Nationalbank 14,28; Oester. Kredit 99,25; Reichsbank 149,00; Industrie-Aktion: Schultheis-Brauerei 254,00; Akt. i. Anilin 33,00; Allgem. Elektr. Ges. Anhalt 277,75; Peperliarwerk 624,00; Anhalter Kohlenw. 235,00; Annaburger Angut 220,80; Badische Anilin 438,00; Bergmann Elekt. 222,75; Ber. Meuch.-Bau 230,00; Chem. Fabrik 289,78; Bochumer Gußstahl 241,00; Chem.-Fabr. Buckau 286,25; Tendenz: ruhig.

Berliner Börse vom 10. Juni 1920 (Telegramm).

Table with columns for company names and stock prices. Includes sections for Deutsche Worte, Eisenbahn-Aktion, Schiffahrts-Aktion, Bank-Aktion, and Industrie-Aktion.

Leipziger Börse. Leipzig, den 10. Juni 1920. Hallesche Zucker-Refinerie 228,80; Westergüter Altkalt 18,80; Landwirtsch. Masch. Zimmermann Halle 161,00; Mansfelder Gewerkschaft 289,00; Portland, Zementfabrik Halle 143,00; Prehlitz Brauerei 160,00; Priorit. 15,00.

Verantwortlich f. d. polit. Teil: Gustav Jacob Margalla, f. d. ortlichen Teil, für Anzeigen, Dr. Carl Bauer, für den Anzeigenteil: Hans S. ...